

PRESSESTATEMENT

Geplantes EU-Pestizid-Recht: Die beste Reduktionsstrategie ist mehr Öko-Landbau

Berlin, 06.12.2022. Am 11. und 12. Dezember 2022 beraten die Landwirtschaftsministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten über den Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zum nachhaltigen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln (Sustainable Use Regulation, SUR).

Hubert Heigl, Vorstand Landwirtschaft des Bio-Spitzenverbands Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft BÖLW) kommentiert:

„Der massive Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide ist mitverantwortlich für das dramatische Artensterben in den Agrarlandschaften. Das Ziel der EU-Kommission, bis 2030 Menge und Risiko der ausgebrachten Mittel um 50 Prozent zu reduzieren, ist ein wichtiger erster Schritt für den Artenschutz.

Bio-Bäuerinnen und -Bauern setzen keine synthetischen Düngemittel oder Pestizide ein. Herbizide („Unkrautvernichtungsmittel“) sind grundsätzlich tabu. Auf über 95 Prozent der Biofläche werden überhaupt keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Dort sorgen Bio-Landwirte mit vielfältigen Fruchtfolgen, robusten Pflanzensorten und nicht-chemischen Pflanzenschutzmethoden für gesunde Bio-Pflanzen.

EU-Kommission und Regierende in Bund und Ländern erkennen die Bedeutung des Öko-Landbaus als Lösungsinstrument zur Stärkung der Biodiversität an. Europaweit soll die Öko-Fläche auf 25 Prozent erhöht werden, in Deutschland auf 30 Prozent. Das rettet nicht nur Insekten, Blütenpflanzen, Wildpilze, Vögel, Säugetiere usw., sondern gibt auch hunderttausenden von Bauernfamilien und -höfen eine Zukunftsperspektive.

Wir erwarten von der Bundesregierung und den Abgeordneten im Europaparlament, dass sie sich mit Nachdruck für die Weiterverhandlung der SUR mit ambitionierten und verbindlichen Regelungen einsetzen und ein Aufschieben oder Verhindern nicht zulassen. Der Öko-Landbau zeigt schon jetzt, wie eine deutliche und dauerhafte Pflanzenschutzmittelreduktion in der Landwirtschaft funktionieren könnte. Deshalb muss die neue Verordnung zur Erreichung des Ziels von 25 Prozent Ökolandbau in der EU beitragen. Was überhaupt nicht geht: Schmutzige Tauschhandel, wo Reduktionen bei Pestiziden gegen die Abschaffung von Risikoprüfung und Wahlfreiheit bei der Gentechnik verhandelt werden. Dagegen müssen sich Bundesregierung und EU-Abgeordnete entschieden zur Wehr setzen!“

Hintergrund:

In der EU-Öko-Verordnung 2018/848 ist der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide und jeglicher Herbizide grundsätzlich ausgeschlossen. Auf 95 Prozent der Bio-Flächen (Grünland, nahezu alle Ackerkulturen) werden in der Regel keinerlei Pflanzenschutzmittel angewendet. Nur in Bio-Dauerkulturen wie Obst und Wein, im Bio-Gemüsebau und bei einigen Kulturen wie Kartoffeln, werden regelmäßig für Bio zugelassene Präparate auf Naturstoffbasis (bspw. Pflanzenextrakte oder mineralische Stoffe) zur Gesunderhaltung der Bio-Pflanzen verwendet.

Am 22. Juni 2022 präsentierte die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Pflanzenschutzrahmenverordnung (Sustainable Use Regulation; SUR): Dieser Vorschlag enthält konkrete Ziele und Maßnahmen. Der Kommissionsvorschlag wird nun von Mitgliedsstaaten und EU-Parlament beraten. Die Regierungen verschiedener Mitgliedsstaaten fordern von der EU-Kommission eine neue Risikoabschätzung und damit eine Verzögerung des Gesetzgebungsprozesses. Bereits am 10. Dezember soll auf Drängen der Tschechischen Ratspräsidentschaft im Rat der ständigen Vertreter der Mitgliedsstaaten eine erste Abstimmung zu den Plänen stattfinden.

Aus Sicht des Ökolandbaus besteht in einigen Details noch Änderungsbedarf in den konkreten Regelungen der SUR: Die vorgesehene Grundlage für die Risikoermittlung der verschiedenen Wirkstoffe, der Risikoindikator HRI 1, gewichtet vor allem die zulässige Wirkstoffmenge und weniger die Toxizität und benachteiligt damit Naturstoffe. Das im Kommissionsvorschlag vorgesehene Totalverbot des Einsatzes jeglicher Pflanzenschutzmittel in „sensiblen“ Gebieten würde auch bestimmte Kulturen im Ökolandbau betreffen und steht im Widerspruch zu den Bio-Ausbauzielen.

Laut Presseberichten brachte die EU-Kommission im Austausch für eine Zustimmung zur SUR nun eine Deregulierung von Gentechniken wie CRISPR-Cas ins Spiel. Die bisher vorgeschriebene Prüfung von Risiken für Mensch und Umwelt würde dann reduziert oder ganz aufgehoben; außerdem wären Produkte, die mit diesen Techniken erzeugt wurden, nicht mehr als Gentechnik-Produkte gekennzeichnet. Akteure aus Züchtung, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und -handel und damit auch Verbraucherinnen und Verbraucher könnten somit nicht mehr selbst entscheiden, ob sie solche Produkte verwenden oder essen wollen.

Weitere Informationen zur Gesunderhaltung von Pflanzen im Ökolandbau finden Sie hier: [Öko-Pflanzen-gesundheit | Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft \(boelw.de\)](#)

Alle BÖLW-Pressemeldungen finden Sie hier: <https://www.boelw.de/presse/meldungen>

4.813 Zeichen, Abdruck honorarfrei, um ein Belegexemplar wird gebeten. Ansprechperson: Leitung BÖLW-Pressestelle, Saskia Horenburg, presse@boelw.de, +49 30 28482-307

Ein Foto von Hubert Heigl finden Sie zur Veröffentlichung im Zusammenhang mit dieser Meldung auf <https://www.boelw.de/service/mediathek/personen/>

Der BÖLW ist der Spitzenverband deutscher Erzeugerinnen, Verarbeiter und Händlerinnen von Bio-Lebensmitteln und vertritt als Dachverband die Interessen der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in Deutschland. Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von rund 54.500 Bio-Betrieben 15,87 Mrd. € umgesetzt. Die BÖLW-Mitglieder sind unter anderem: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Biokreis, Bioland, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Demeter, Ecoland, ECOVIN, GÄA, Interessensgemeinschaft der Biomärkte, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus®eG und Verbund Ökohöfe. Wer wir sind: <https://www.boelw.de/ueber-uns/mitglieder/>